

Anfrage Pilotto Maria und mit. über den Verzicht auf eine Kindertagesstätte im neuen kantonalen Verwaltungsgebäude am Seetalplatz

eröffnet am 7. September 2026

Am 3. Juli 2026 informierte der Regierungsrat in den Kurzmitteilungen über seinen Beschluss, im neuen Verwaltungsgebäude am Seetalplatz (KVSE) auf die geplante Kindertagesstätte (Kita) zu verzichten. Als Gründe werden unter anderem eine vertiefte Abklärung der Mitarbeitenden-Bedürfnisse, das bereits bestehende Angebot in der Umgebung sowie fehlende Aussenspielflächen bis zur Fertigstellung der benachbarten Überbauung «Reussegg» genannt. Dieser Entscheid, nur wenige Monate bevor das Gebäude bezogen wird, irritiert. Zumal sich der Kanton Luzern erst vor wenigen Tagen im Planungsbericht Gleichstellung 2026–2030 der kantonalen Verwaltung erneut Signalwirkung zugeschrieben hat, und ab dem kommenden August die Betreuungsgutscheine gemäss dem neuen Kinderbetreuungsgesetz (KibeG) zum ersten Mal ausbezahlt werden. Als grosser Arbeitgeber sollte der Kanton Luzern eine Vorbildfunktion einnehmen, wenn es um die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht. Eine Kita direkt am Arbeitsplatz ist ein modernes Instrument der Personalpolitik, das nicht nur den Arbeitsweg verkürzt, sondern in Zeiten des Fachkräftemangels auch die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber steigert. Dass nun ausgerechnet in einem zukunftssträchtigen Grossprojekt wie dem Seetalplatz so kurz vor dem Bezug auf diesen Infrastrukturtitel verzichtet wird, scheint kurzsichtig.

Dabei geht es weniger um die Frage, ob eine Kita direkt im Gebäude der KVSE eingerichtet wird, sondern darum, wie systematisch und ernsthaft der Kanton als Arbeitgeber an die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Arbeitsplatz herangeht. Die Verpflichtung zur Kinderbetreuung für Angestellte soll ein integraler Bestandteil kantonalen Bauprojekts für eine so grosse Zahl von Angestellten sein und nicht als vernachlässigbares Nebenprojekt behandelt werden. Das beinhaltet eine weitsichtige Planung sowie das Antizipieren von Entwicklungen. Ebenso sollen Synergien mit Betrieben im Umfeld aktiv gestaltet werden.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie und wann wurde die «vertiefte Abklärung der Mitarbeitenden-Bedürfnisse» konkret durchgeführt? Wurde dabei auch berücksichtigt, dass sich die Bedürfnisse künftiger Generationen von Mitarbeitenden von den aktuellen unterscheiden könnten oder ebenso ein Bedürfnis für arbeitsortnahe Betreuung erst mit dem Angebot geweckt werden könnte?
2. Wie sieht das angekündigte laufende Mitverfolgen der Mitarbeitenden-Bedürfnisse konkret aus? Gibt es einen «Plan B», falls der Bedarf nach dem Bezug des Gebäudes entgegen der aktuellen Prognose doch ansteigen sollte?

3. Wie beurteilt der Regierungsrat das Signal, das dieser Verzicht an die Mitarbeitenden aussendet? Und wie geht er mit den Erwartungen der Mitarbeitenden um, die mit einer Kita im KVSE gerechnet haben?
4. Welche Überlegungen ergeben sich aus den Abklärungen für die Weiterentwicklung der Betreuungsbeiträge für Mitarbeitende gemäss § 37 des Personalgesetzes (u. a. auch im Zusammenhang mit dem KiBeG, das für die Eltern im Kanton Luzern ab August 2026 in Kraft tritt)?
5. Wird der Kanton Luzern als Arbeitgeber die Vereinbarkeit von Beruf und Familie am neuen Standort KVSE anderweitig mit neuen Massnahmen oder Angeboten gezielt fördern (z. B. ergänzende Massnahmen bei flexiblen Arbeitszeiten, Zusammenarbeit mit nahegelegenen Kitas, Spielkoffer zum Überbrücken eines Betreuungsnotfalls ...)?
6. Der Seetalplatz entwickelt sich zu einem neuen urbanen Zentrum. Hat der Regierungsrat bei seinem Verzicht aufgrund bestehender Kitas in der Umgebung auch die erhebliche Entwicklung der künftigen Wohn- und Arbeitsbevölkerung in diesem Gebiet in seine Überlegungen miteinbezogen?
7. Der Regierungsrat führt fehlende Aussenspielräume als Hinderungsgrund an. Inwiefern wurden ernsthafte Anstrengungen unternommen, um temporäre Lösungen oder Kooperationen mit bestehenden Angeboten in Gehdistanz zu finden, bis die Überbauung «Reussegg» fertiggestellt ist?
8. Was geschieht nun mit den ursprünglich für die Kita geplanten Flächen? Wie werden diese vergeben?
9. Hat der Verzicht auf die Kindertagesstätte im neuen Verwaltungsgebäude am Seetalplatz auch Auswirkungen auf die Pläne bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (insb. die Kita-Ansiedlung oder -Zusammenarbeit) beim Sicherheitszentrum Rothenburg oder am Campus Horw?

Pilotto Maria